

Sehr geehrtes Bündnis gegen Armut & Wohnungslosigkeit in Tirol,

vorweg möchte ich mich bei euch für eure Arbeit und euren Einsatz für eine menschenwürdige Existenzsicherung für alle in Tirol bedanken.

Sehr gerne möchten wir, Michael Mingler und Petra Wohlfahrtstätter, stellvertretend für die Tiroler Grünen auf eure Fragen antworten.

1. Welche konkreten Schritte planen Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung zur Bekämpfung der hohen Mieten und genereller Wohnungsnot?

Unser Ziel ist ganz klar, die Preisspirale am Tiroler Wohnungsmarkt zu bremsen. Aktuell hat fast die Hälfte der Menschen in Tirol Sorge, dass sie sich das Wohnen in Tirol bald nicht mehr leisten können. Das ist ein Warnsignal, das uns zu denken geben sollte. Wenn der Markt derart versagt, müssen wir lenkend eingreifen.

In den vergangenen Jahren haben wir mit der Leerstandsabgabe, der Freizeitwohnsitzabgabe, der Baulandmobilisierung mit befristeten Widmungen, der Registrierungspflicht für Airbnb-Wohnungen, der Erhöhung der Mietzins- und Wohnbeihilfe etc. einige Maßnahmen für leistbares Wohnen gesetzt, bei denen wir davon ausgehen, dass die Effekte erst so richtig wirken werden. Dazu gehört allen voran die Leerstandsabgabe, die wir heuer beschließen konnten und die ab 2023 gelten wird.

Für die nächste Legislaturperiode sieht unser Wahlprogramm etliche weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der hohen Mieten und der Wohnungsnot in Tirol vor:

- Es braucht mehr Transparenz bei der Berechnung von Miet- und Wohnbeihilfen. Generell fordern wir eine tirolweite Abschaffung der Wartefrist für die Mietzinsbeihilfe. Wer Unterstützung beim Wohnen braucht, der braucht sie sofort und nicht erst in zwei Jahren.
- Im Sinne eines Kreislaufs sollen die Rückflüsse der Wohnbauförderung zweckgebunden sein, um auch künftigen Generationen zur Verfügung zu stehen. Nach dem Prinzip „einmal gefördert, immer preisgebunden“ soll wohnbaugeförderter Wohnbau preisgebunden sein und damit der Spekulation entzogen werden.
- Wir wollen die Delogierungsprävention weiter ausbauen und unterstützen, den eingerichteten Mietrückstandsfonds fortführen und mit einem Kautionsfonds ergänzen.
- Eine Kinder-Wohngarantie soll eine gezielte finanzielle Unterstützung für Kinder sein, damit ihre Wohnsituation jedenfalls gesichert ist.
- Wir möchten, dass Tiroler Gemeinden verpflichtend Bauland für sozialen Wohnbau widmen und mehr gemeinnützigen Wohnbau realisieren. Dazu schlagen wir ein „Raumordnungsprogramm geförderter Wohnbau“ vor. Mit diesem soll tirolweit geregelt werden, welche Quote an gemeinnützigem Wohnbau in den Gemeinden gewidmet werden muss. So wollen wir auch privaten Wohnbau, der in erster Linie für Investoren errichtet wird, zurückdrängen.
- Mit der Leerstandsabgabe und dem Projekt „Sicheres Vermieten“ wollen wir erreichen, dass mehr Wohnungen auf den Markt kommen. Es darf nicht sein, dass Spekulanten mit leerstehenden Wohnungen auf dem Rücken wohnungssuchender Menschen Profite machen.
- Die Vergabe von Gemeindewohnungen muss endlich überall diskriminierungsfrei und transparent werden, der Wohnbedarf muss im Zentrum der Vergabe stehen. Wir haben dazu in der vergangenen Periode eine neue Wohnungsvergabe-Richtlinie ausgearbeitet, leider wird diese von den Gemeinden nicht angewandt. Wir wollen deshalb, dass die Richtlinie des Landes

verbindlich wird und die Wohnungsvergabe in allen Gemeinden einheitlich erfolgt. Es sollen künftig diejenigen eine Wohnung bekommen, die wirklich eine benötigen. Wir wollen auch ermöglichen, dass Menschen ihren Wohnort auch im gemeinnützigen Wohnbau frei wählen können.

- Menschen mit besonderem Wohnbedarf sollen u.a. mit eigenen Wohnungskontingenten besonders berücksichtigt und unterstützt werden, dabei wollen wir auch mit den Sozialvereinen zusammenarbeiten.
- Außerdem wollen wir uns beim Bund für ein neues Mietrecht mit Mietpreisbremse einsetzen.

Bedingung in Regierungsverhandlungen ist für uns, dass im Bereich leistbares Wohnen insgesamt Schritte gesetzt werden. Einen einzelnen Schritt möchten wir da nicht herausgreifen, es braucht ein Bündeln an Maßnahmen, um Wohnen wieder leistbar zu machen.

2. Welche konkreten Schritte planen Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung zur Bekämpfung von Armut?

Neben der Senkung der Lebenshaltungskosten z.B. durch niedrigere Mieten stehen wir für eine Stärkung des Sozialbereichs an der Seite der Zivilgesellschaft, um Armut zu bekämpfen. Um Angebote, Vereine und Mitarbeiter:innen abzusichern, braucht es gezielte Maßnahmen:

- An erster Stelle möchten wir einen leichteren Zugang zum Antragswesen schaffen. Dazu gehört ein professionelles Servicedesign, der Aufbau von Anlaufstellen als One-Stop-Shop, flächendeckende Digitalisierung und die Vereinfachung der Antragsstellung. Ziel ist es, eine einzige Stelle für alle Anträge – nicht nur aus dem Sozialbereich – zu etablieren.
- Wir wollen Anreize für die Tätigkeit im Sozialbereich schaffen. Mitarbeiter:innen und Auszubildende müssen adäquat entlohnt werden. Damit einher gehen auch Ausbildungsförderungen. Wir bekennen uns zudem dazu, dass Sozialvereine weiterhin durch mehrjährige, indexierte Verträge abgesichert werden.
- Zusätzlich zu Notschlafstellen wollen wir bedarfsorientiert umfassendere Angebote einrichten, die an der Situation der Wohnungslosigkeit für Betroffene etwas ändern. Hilfestellungen sollen überall geboten werden, wo sie auch angenommen werden können. Wir vertreten auch den Ansatz von „Housing first“, den wir vorantreiben wollen.
- Generell wollen wir die Regionalisierung von Sozialberatungsstellen vorantreiben (insbesondere in den Bezirken Landeck, Reutte, Kitzbühel). Um die Beratung von Familien, Frauen, Mädchen, Männern und Eltern sicherzustellen, benötigt es einen Ausbau des Angebots.
- Um das One-Stop-Shop-Prinzip zu verankern, möchten wir ein Pilotprojekt für Wohnungslose, Suchterkrankte und psychisch erkrankte Menschen starten. Bei der Ausarbeitung von Angeboten sollen Betroffene eingebunden werden. Beim betreuten Wohnen für psychisch erkrankte wohnungslose Menschen ist der Bedarf hoch – dieses Angebot wollen wir ausbauen.
- Wir bekennen uns zum aktuellen System der Tiroler Mindestsicherung und wollen dieses erhalten. Um den Kosten gerecht zu werden, wollen wir die Wohnkosten-Verordnung laufend evaluieren und an die aktuellen Wohnkosten anpassen. Um Kinderarmut zu verhindern, fordern wir eine Erhöhung des Kinderzuschlags. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, das menschenfeindliche Sozialhilfe-Grundsatzgesetz abzuschaffen.

- Sozialleistungen möchten wir aus der Privatwirtschaftsverwaltung des Landes in den hoheitlichen Bereich überführen. Vereinfacht gesagt: So können wir einen guten Rechtsschutz für Sozialleistungen sicherstellen.
- Wir wollen auch gezielt gegen die Vererbung von Armut vorgehen. Hier ist besonders der Zugang zu Bildungsangeboten wichtig. Die Einkommensgrenzen für Familien wurde bei der neuen Schulkostenbeihilfe erhöht, weiter wurde das Schulstartpaket vom Bund erneuert, Familien bekommen jetzt Gutscheine in Höhe von 120 EUR, damit individuellen Wünsche berücksichtigt werden können. Und hier wollen wir weitermachen. Wir müssen Maßnahmen setzen, weil gerade eine erfolgreich Bildungskarriere ein Weg aus der Armut ist.

Eine Bedingung für uns in Regierungsverhandlungen ist sicher ein Bekenntnis zum aktuellen System der Tiroler Mindestsicherung.

3. Welche konkreten Schritte planen Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung, um unabhängig vom Einkommen allen in Tirol lebenden Menschen eine gleichwertige Gesundheitsversorgung zu gewährleisten? (Maßnahmen zur Absicherung des kassenfinanzierten Gesundheitssystems im Allgemeinen und der psychiatrischen Versorgung im Speziellen)

Das solidarische Gesundheitssystem in Österreich ist eine Form der Daseinsvorsorge und muss von der öffentlichen Hand geplant, evaluiert und finanziert werden. Das heißt, der Bedarfsplanung kommt gerade in einer Zeit des prognostizierten Ärzt:innenmangels ein hoher Stellenwert zu. Wir sind dafür, dass **Wahlärzte** in allen Fächern, da wo es keinen entsprechenden Kassenärzt:innen gibt bzw. diese bereits ausgelastet sind, eine gewisse **Quote an Kassenpatient:innen** betreuen. Seit der Etablierung der ÖGK werden diese Verhandlungen nur mehr auf Bundesebene geführt. Wir setzen uns auch dort dafür ein.

Moderne Gesundheitssysteme sollten v.a. bei chronischen Erkrankungen und neuen Krankheitsbildern wie dem Burn-out-Syndrom neben der körperlichen Dimension stets auch die psychische, soziale und ökologische Dimension von Gesundheit und Krankheit berücksichtigen. Die UN-Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen reiht „Gesundheit und Wohlbefinden“ an dritte Stelle. Wohlbefinden und Zuversicht als Voraussetzung für das Gesundbleiben sind eng mit dem sozioökonomischen Status verbunden. Daher muss Gesundheitspolitik auch dort ansetzen („**Health in all policies**“). Eine moderne Gesundheitspolitik in Tirol muss also auf mehr als auf die Ausfinanzierung der Krankenhäuser ausgerichtet sein. Der Fokus muss auch auf eine multiprofessionelle, niederschwellige Primärversorgung, auf Gesundheitsförderung, soziale Chancengerechtigkeit und Nachhaltigkeit gerichtet werden. Dabei sind neben Politik, Verwaltung, Expert:innen und Wissenschaft auch die Bevölkerung und regionale Gemeinschaften vermehrt miteinzubeziehen.

Analog zur Landesumweltanwaltschaft wollen wir eine **Gesundheitsanwaltschaft** einrichten, die Beschwerde erheben kann, wenn das Recht auf Gesundheit gefährdet wird. Betroffene sollen sich an die Gesundheitsanwaltschaft wenden können, wenn sie ihr Recht auf Gesundheit gefährdet sehen.

Zur Frage nach einer Bedingung für eine Regierungsbeteiligung: In der Gesundheitspolitik eine konkrete Forderung als Koalitionsbedingung herauszugreifen, wäre unseres Erachtens nicht sinnvoll. Wichtig für uns ist, dass eine gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen die in Tirol leben gesichert ist.